



## PRESSEMITTEILUNG

Pirmasens, 23.01.2017

### Bundestagsdebatte zur Schließung der Air Base Ramstein

**In der Debatte zum Antrag der Fraktion DIE LINKE „US- und NATO-Stützpunkt Ramstein unverzüglich schließen“ (Drucksache: [18/10863](#)), verweist die SPD-Bundestagsabgeordnete Angelika Glöckner auf die große Bedeutung der ausländischen Streitkräfte für die Region.**

Angelika Glöckner, SPD-Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis, zu dem die Air Base Ramstein gehört, zeigte sich irritiert über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Ob das von den LINKEN anvisierte Ziel den Drohnenkrieg zu beenden, durch die Schließung erreicht wird ist ungewiss. Sicher ist aber, dass die Folgen eines plötzlichen Abzugs der Streitkräfte, für die gesamte Region ein herber Schlag wäre“, so die Abgeordnete.

Glöckner, die Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte ist, sieht den Einsatz von Drohnen kritisch. Die willkürliche oder vorsätzliche Tötung von Menschen ohne vorherige Verurteilung durch ein ordentliches Gericht, sondern meistens ausgeführt auf Anordnung von Regierungen, darf nicht einfach so hingegenommen werden. Hier sieht sie durchaus eine Gemeinsamkeit zu den Antragstellern. Aber die Ablehnung des Drohnenkrieges an sich rechtfertigt nicht die Schließung der Air Base Ramstein. „Ein einseitiges Aufkündigen dieses so wichtigen Standortes könnte allenfalls zu schwerwiegenden Belastungen im NATO-Verhältnis führen – nicht aber zum Ende des Drohneneinsatzes“, zeigt sich die Abgeordnete überzeugt.

Welche wirtschaftliche Bedeutung die „Kaiserslautern-Military Community“ (KMC) für die Region hat, dokumentiert ein aktuelles Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, welches Angelika Glöckner in Auftrag gegeben hatte. Die KMC-Gemeinde bestehend aus Angehörigen von US-Armee und Air Force sowie deren Familien, zählt demnach allein mehr als 54.000 Personen. Sie leben, wohnen und konsumieren in der Region, was sich auch konkret in Zahlen niederschlägt: 2013 hat der Beitrag der KMC zur lokalen Wirtschaft bei 2,26 Milliarden US-Dollar gelegen. Laut Angaben von Ver.di Rheinland-Pfalz arbeiten zudem rund 7.200 Zivilbeschäftigte bei den amerikanischen Streitkräften, davon die Mehrzahl in der Westpfalz.

„Angehörige von US-Militär sowie ihre Familien bereichern die Region. Sie sind schon lang zu Nachbarn, Freunden oder Arbeitskollegen für die einheimische Bevölkerung geworden“, so die Abgeordnete. Ebenso sieht Glöckner, im Falle einer Schließung, die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten in Gefahr, die in Kombination mit der Mitgliedschaft in der NATO seit Jahrzehnten Grundpfeiler für die Sicherheit und den Frieden in Deutschland sind.

„Statt die Schließung zu fordern, halte ich es für den richtigen Weg im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Westpfalz sorgfältig abzuwägen. Vielmehr plädiere ich - wie die Fachpolitiker meiner Fraktion es fordern - innerhalb der NATO Mechanismen zu finden, um die Bündnispartner vom Unrecht des Drohneneinsatzes zu überzeugen. Das ist zielführender und gefährdet nicht die Lebensgrundlage zahlreicher Familien in der Westpfalz“, so die Bundestagsabgeordnete abschließend.

**Hintergrund:**

Die Debatte zum Antrag der Fraktion DIE LINKE „US- und NATO-Stützpunkt Ramstein unverzüglich schließen“ (Bundestagsdrucksache 18/10863) kam am Donnerstagabend, 19.01.2017 nicht zur Aussprache. Alle Redebeiträge gingen in Schriftform zu Protokoll.

Die Beiträge der jeweiligen Abgeordneten können im Plenarprotokoll des Bundestages, auf den Seiten 159-163 eingesehen werden: <http://dip21.bundestag.btg/dip21/btp/18/18212.pdf#P.21315>